

POSITIONSPAPIER DES ECO ZUR STRATEGIE FÜR DAS DIGITALE NORDRHEIN- WESTFALEN

Berlin, 04.10.2018

Am 3. Juli hat das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie seine Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Die Strategie wurde sowohl in der Erarbeitungsphase wie auch in dem vorliegenden Entwurf zur Konsultation gestellt und breit kommentiert. An diesem vorbildlichen Prozess hat sich auch eco – Verband der Internetwirtschaft beteiligt. Mit seinem Hauptsitz in Köln ist eco seit seiner Gründung in Nordrhein-Westfalen zuhause und gestaltet als Verband maßgeblich die Entwicklung des Internets in Deutschland, fördert neue Technologien, Infrastrukturen und Märkte, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen der Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien.

Die Chancen und Potentiale des Internets und der Digitalisierung gilt es optimal zu nutzen. Die digitale Transformation ist daher gleichzeitig eine umfassende Herausforderung wie auch das wichtigste wirtschaftspolitische Vorhaben der nächsten Jahre. Als Verband möchte eco diesen Prozess konstruktiv begleiten, fördern und mitgestalten. Daher nimmt eco gerne die Gelegenheit wahr, zu den Fokusthemen der Digitalisierungsstrategie Stellung zu nehmen.

Erfolgreich wirtschaften und arbeiten in der digitalen Welt – New Work

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet ökonomische Wachstums-Potentiale und räumt auch dem Arbeitenden neue Möglichkeiten und Chancen ein: Es werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und zusätzlich neue Arbeitsplätze in Berufen entstehen, die heute noch nicht existieren. So geht eco davon aus, dass die Anzahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze die Anzahl derer, die wegfallen, übersteigt und tendenziell eher Jobs entstehen, die besser entlohnt und körperlich weniger belastend sind. Für viele Menschen ergeben sich außerdem neue Möglichkeiten, abseits von geraden und starren Lebensläufen ihre Erwerbsbiographie zu gestalten und dank zeit- und ortsunabhängiger Arbeit künftig Berufs- und Privatleben besser zu vereinbaren. Die Digitalisierung hat zudem das Potential, heute hochkomplexe Arbeitsabläufe zu vereinfachen und sich wiederholende Routinetätigkeiten zu reduzieren, zu Gunsten kreativer und kommunikativer Kernaufgaben.

Die technische Entwicklung verläuft so schnell wie nie zuvor. Deshalb muss Kern der Arbeitspolitik sein, Neuerungen stets im Blick zu haben und Entwicklungen eng und konstruktiv zu begleiten. Im Fokus steht die gemeinsame Herausforderung, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie einerseits den Unternehmen ermöglichen, sich optimal zu entwickeln, andererseits aber auch gleichermaßen gute digitale Arbeit zu fördern. Daher ist es eco ein Anliegen, Ängsten zu begegnen, Wissen



zu vermitteln und bei der aktiven Gestaltung der digitalen Arbeitswelt zu unterstützen.

eco begrüßt daher die „Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0“, da sie zum Ziel hat, die Digitalisierung aktiv zu begleiten und die durch sie ausgelösten Prozesse als positive Herausforderung zu begreifen. Dazu gehört auch die verstärkte Förderung von Start-Ups. Wie die Strategie bereits feststellt, bietet NRW durch die Anbindung an Universitäten und Forschungseinrichtungen sehr gute Voraussetzungen für Start-Ups. Dieses Potential gilt es durch gezielte Förderung und den Abbau bürokratischer Hürden zu unterstützen und zu fördern.

Der Beirat Digitale Wirtschaft ist ein geeignetes Instrument, Anforderungen und Wissen aus Wirtschaft und Forschung mit der Politik zu verbinden und in eine funktionierende Zusammenarbeit münden zu lassen. Daher sollte diese Arbeit weiterhin fortgeführt und an geeigneter Stelle auch vertieft werden. Gleichzeitig ist gegenüber dem geplanten Beirat Medien-Digital-Land eine Abgrenzung notwendig, da sich die Interessen hier überschneiden und teilweise widersprechen könnten. eco beteiligt sich gerne an dem entsprechenden Dialogprozess und sieht konkreten Initiativen gespannt entgegen.

Rahmenbedingungen schaffen

Für die Unternehmen müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ihnen erlauben, Deutschland zu einem der führenden Digitalstandorte zu machen – und damit gute und sichere Arbeit schaffen zu können. Der Breitbandausbau ist auch hier zentrale Voraussetzung, denn ohne konkurrenzfähige Infrastruktur sind alle weiteren Bemühungen zum Scheitern verurteilt.

Neue Strukturen erfordern veränderte rechtliche Rahmenbedingungen. Arbeit ist nicht mehr an einen festen Ort gebunden – in vielen Berufen wird es möglich sein, von überall und zu jeder Zeit zu arbeiten. Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, die Möglichkeiten, die die Digitalisierung für diese Umstrukturierung und Flexibilisierung von Arbeit bietet, problemlos umsetzen zu können. Dafür ist es notwendig, die Arbeitsgesetze zu überprüfen und ggf. an das digitale Zeitalter anzupassen (z. B. Arbeitszeitgesetz, Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzregelungen, Arbeitsstättenverordnungen).

Besonders beim Thema Arbeitszeit plädiert eco für mehr Selbstregulierung: Grundsatz sollte sein, dass Flexibilität gefördert wird. Jeder Arbeitnehmer hat seinen individuellen Lebensentwurf und eigene Bedürfnisse, jedes Unternehmen ist wirtschaftlichen Erfordernissen und globalen Rahmenbedingungen unterworfen – es gilt, beides sinnvoll zu vereinbaren. Deshalb sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer größtmögliche Gestaltungsspielräume behalten. Dies gilt sowohl für die Einteilung der Arbeitszeit und Regeln für mobiles Arbeiten als auch für die Ausgestaltung flexibler Teilzeitmodelle. Diese Teilzeitmodelle müssen gefördert werden, vor allem



auch in Führungsrollen: Das Modell der Brückenteilzeit etwa passt zur neuen Freiheit in der digitalen Arbeitswelt und zu sich dynamisch verändernden Erwerbsbiographien.

Flexibilität wird auf beiden Seiten vorausgesetzt und dadurch unternehmerisches Denken und Eigenverantwortlichkeit zur Kernkompetenz auf Arbeitnehmerseite. Im Gegenzug muss sich der Arbeitgeber auch seiner Verantwortung bewusst sein und der Tatsache, dass digitale Arbeitsmodelle die Gefahr bergen können, dass Job und Privatleben verschmelzen und der Beruf Teil der Freizeit wird. Besonderes Augenmerk gilt hier auch der psychischen Belastung von Arbeitnehmern und der wachsenden Bedeutung von gesundheitsfördernden Programmen. Es gilt, unternehmerische Verantwortung (Corporate Social Responsibility) zu fördern und beispielsweise über betriebliches Gesundheitswesen, Sport, Resilienz-Training u. a. zum nachhaltigen Erhalt der Arbeitskraft im Sinne „gesunder Arbeit“ beizutragen.

Schließlich gilt es, auch auf die Vielzahl neuer Arbeitsmodelle jenseits der so genannten Normalarbeitsverhältnisse (Vollzeit, unbefristete Festanstellung) einzugehen und die sozialen Sicherungssysteme auch für diese Gruppen attraktiver zu gestalten, ohne dabei regulativ einzugreifen.

Lösungsansätze für den Fachkräftemangel

Rund 60 Prozent der IT-Unternehmen konnten laut einer aktuellen VDE-Umfrage in 2017 ihren Fachkräftebedarf nicht decken. Aktuelle Arbeitsmarktstatistiken verzeichnen über 127.000 offene Stellen in MINT-Berufen. Deshalb ist es neben den vorgeschlagenen Maßnahmen bei Aus- und Weiterbildung kommender Generationen zwingend notwendig, auch sofort geeignetes Fachpersonal zu werben und diese Menschen dauerhaft an den Standort Deutschland zu binden.

Die Integration von Bewerbergruppen und Beschäftigten, die es bislang am Arbeitsmarkt schwer hatten aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund oder familiärer Verpflichtungen wird zunehmend alternativlos. Dazu gehört auch ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das den Zuzug dringend benötigter Fachkräfte aus dem Ausland erleichtert und deren unbürokratische Integration und Weiterqualifizierung fördert. Des Weiteren müssen Wirtschaft und Politik gemeinsam geeignete Maßnahmen ergreifen, um die MINT-Berufe schon früh auch für Frauen attraktiver zu machen.

Der Vielzahl exzellent ausgebildeter und hochqualifizierter Frauen muss die Teilhabe am beruflichen Erfolg auf allen Führungsebenen erleichtert werden. Dies kann über gezielte Förderung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. beruflicher und privater Lebensplanung mittels digitaler Medien (mobiles Arbeiten) erfolgen, muss aber einhergehen mit der Ausweitung bestehender Kinder- Betreuungs- und Pflegeangebote.



Bildung und Kultur als Schlüssel zur digitalen Zukunft

Die Modernisierung und Digitalisierung der Bildung ist besonders für die Bundesländer eine zentrale Aufgabe. Dazu gehört sowohl der kompetente Umgang mit verschiedenen Medienarten und –formen, als auch eine systematische Vermittlung von Grundkenntnissen der Informatik. Die deutschen Bildungssysteme tragen den in einer digitalisierten Welt veränderten Anforderungen an die Kompetenzen von Schulabgängern aber nicht ausreichend Rechnung: Eine grundlegende informationstechnische Bildung und die Vermittlung zentraler Kenntnisse im Umgang mit den Informationstechnologien sind im Unterricht oft nicht integriert, die technische Ausstattung ist vielerorts veraltet.

Um der nächsten Generation einen reibungslosen Start ins Berufsleben zu ermöglichen und international den Anschluss nicht zu verpassen, ist es unbedingt notwendig, dass alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Altersstufe oder welches Bildungsniveaus, nach konkreten, länderübergreifenden Lehrplänen zentrale IT-Kompetenzen erwerben und fortentwickeln können. Die Vorbereitung darauf sollte bereits ab der Grundschule einsetzen. Die zu erlernenden Fähigkeiten sollten sich dabei nicht auf reine IT-Kenntnisse beschränken, sondern um den Komplex Medienkompetenz und Umgang mit digitalen Angeboten erweitert werden. Von herausragender Bedeutung ist dabei das Erlernen von Bewertung und Korrelation von Informationen. Hier sind besonders die Länder gefragt, konkrete Pläne für die Bildung von morgen aufzustellen und umzusetzen. Hierzu hat die Gesellschaft für Informatik mit der „Dagstuhl-Erklärung“ (online: https://gi.de/fileadmin/GI/Hauptseite/Themen/Dagstuhl-Erklärung_2016-03-23.pdf) einen Impuls geliefert, den eco ausdrücklich unterstützt.

Damit Schulen konkrete Bildungskonzepte für die Zukunft umsetzen können, besteht die zentrale Anforderung, ihnen eine ausreichende Agilität zu verschaffen und zwar hinsichtlich der internen Organisation mit digitalen Identitäten, der Nutzung von multimedialen Inhalten und Kollaborationsdiensten, der Einbindung kostengünstiger Zugangsgeräte und auch in Bezug auf sichere und zugleich angemessen dimensionierte Netzzugänge. Hierfür ist die Nutzung von Cloud-Diensten unerlässlich. Die schon in der Privatwirtschaft erarbeiteten Erkenntnisse zur Integration, zu den Sicherheitsanforderungen, den datenschutzrechtlichen Vorgaben und Interoperabilitätsanforderungen können eine wichtige Basis für die spezifische Ausgestaltung im Bildungsbereich bilden.

Die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie stellt sich im Bereich Schule als besonders komplex dar, weil Infrastrukturmaßnahmen, Bildungspolitik und regulatorische Anforderungen in Einklang zu bringen und die jeweiligen Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene breit gefächert sind. Im Kern besteht die Anforderung, Schulen hinsichtlich der internen Organisation, Nutzung von multimedialen Inhalten und Kollaborationsdiensten, Einbindung kostengünstiger Zu-



gangsgeräte und sowohl sicherer als auch angemessen dimensionierter Netzzugänge eine ausreichende Agilität zur Umsetzung konkreter Bildungskonzepte für die Zukunft zu verschaffen. Ein breitbandiger Internetzugang kann nur als Grundvoraussetzung hierfür gesehen werden.

Neben der reinen Investitionsbetrachtung – für den angemessen Aufbau notwendiger Infrastrukturen wie zum Beispiel Breitbandinternet, WLAN, variabler Zugangsgeräte und Medien- und Präsentationssysteme – sind aber auch die Kalkulation der variablen laufenden Kosten für die notwendigen Cloud-Dienste und die Wartung der technischen Ausstattung von besonderer Bedeutung. Hierzu benötigen die Bildungseinrichtungen weiterführende Unterstützung, um die Investitionen und die Anwendung digitaler Plattformen und Dienste aus der Cloud zu planen – beispielsweise in Form nachhaltig bereitgestellter und in Bezug auf die jeweiligen Anforderungen geeigneter Referenzkonzepte.

Weiterbildung

Mit der Digitalisierung der Wirtschaft geht einher, dass mehr und mehr technisches Wissen beispielsweise zum Auf- und Ausbau sowie Betrieb der digitalen Infrastrukturen in Deutschland benötigt wird. Fachkräfte sind hier der entscheidende Standortfaktor im europäischen und internationalen Wettbewerb. eco setzt sich mit seiner Initiative Digitale Infrastrukturen dafür ein, eine bundesweite Kampagne zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitsfeldes digitaler Infrastrukturen zu fördern, um auch zukünftig ausreichend qualifizierte Mitarbeiter für eine Tätigkeit in diesem Sektor zu gewinnen und zu halten. Hierzu kann im Bereich Aus- und Weiterbildung auch das Land NRW entscheidend beitragen und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Auch die Unternehmen ihrerseits müssen dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiter durch ständige Fortbildungen und Weiterbildungen den Anschluss an den Stand der Technik nicht verlieren. Wo frühzeitig erkannt wird, dass Aufgaben und Arbeitsbereiche sich verändern werden, kann auch frühzeitig in die Schulung der Mitarbeiter oder Arbeitssuchender investiert werden. Die Technologie ist ständigem Wandel unterworfen, viele Unsicherheiten der Belegschaften entstehen vor allem dadurch, dass die Menschen das Gefühl haben, von den Entwicklungen abgehängt zu sein und mit den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt nicht mehr Schritt halten zu können. Hier gilt es, früh gegen zu steuern und den Mitarbeitern durch qualitativ hochwertige Weiterbildungsmaßnahmen die Angst vor unbekanntem Arbeitsabläufen zu nehmen.

Um das Ziel einer modernen, digitalisierten Arbeitswelt näher zu kommen, in der niemand von den Errungenschaften der Technik ausgeschlossen ist, muss ein nachhaltiges Umdenken in der Gesellschaft stattfinden: Das Ziel des „lebenslangen Lernens“ muss einen anderen Stellenwert bekommen. Ständige berufliche Weiterbildung oder auch Umorientierung sollten nicht länger vorrangig negativ besetzt sein,



sondern als Chancen wahrgenommen werden, seinen Lebenslauf immer wieder neu erfinden zu dürfen.

Gesund und selbstbestimmt leben mit Hilfe digitaler Technologien – Digitalisierung der medizinischen Versorgung

Eine digitale Vernetzung und Begleitung der Pflege beispielsweise mit digitalen Assistenzsystemen kann das Personal in seinen täglichen Aufgaben wesentlich unterstützen sowie entlasten und diese vereinfachen. Das Potential solcher Systeme wurde vom Ministerium erkannt und findet sich in der Digitalisierungsstrategie wieder. Den Vorstoß des Ministeriums, dieses wichtige Thema in eine landesweite Digitalisierungsstrategie aufzunehmen begrüßt eco. Aufgabe wird nun sein, dies auch in der Umsetzung zu berücksichtigen.

In der Städteplanung wären Leuchtturmprojekte für zukunftssichere Quartiere denkbar. Dabei sollte ein strategisches Zusammenspiel aus Wohnungswirtschaft, Sozialdienstleistern und technischen Komponenten herbeigeführt werden. Neben architektonischen, städtebaulichen, sozialen und funktionalen Aspekten müssten bei solchen Projekten insbesondere technische Aspekte stärker berücksichtigt werden, auch bereits bei der Vergabe von Förderungen und Zuschüssen. Eine Förderung solcher Projekte würde die Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten bis ins Alter hinein gewährleisten. So könnte das Land seine Vorreiterposition bei der Telematikinfrastruktur um zukunftsfähige Aspekte erweitern.

eco möchte dieses Vorhaben auch als Konsortialmitglied des Projekts Smart Service Power – altersgerechtes Wohnen im Quartier durch Technologie unterstützen und bei Bedarf beraten.

Die digitale Verwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger

Bei der Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung sind Länder und Kommunen besonders gefragt, da sie für die Bürgerinnen und Bürger mit ihren alltäglichen Anfragen meist erste Anlaufstelle sind. Doch scheint die Digitalisierung an Behörden und öffentlichen Einrichtungen bislang fast spurlos vorüber gegangen zu sein. Obwohl die Digitalisierung enorme Vorteile bei der Strukturierung von Arbeitsvorgängen, der Effizienz, der Speicherung und leichteren Wiederauffindbarkeit von Daten und der Vernetzbarkeit der einzelnen Systeme in Behörden und staatlichen Einrichtungen bietet, steckt die digitale Transformation hier noch in den Kinderschuhen. Um einen funktionierenden Austausch mit den Bürgern und der Wirtschaft zu gewährleisten, muss diese überfällige Entwicklung in Deutschland vollzogen und schleunigst aufgeholt werden. Erst wenn Bund, Länder und Kommunen ihre Vorbildfunktion erfüllen und ebenfalls ihre Dienste digital anbieten, digitale Akten führen und digital erreichbar sind, können alle Unternehmen die letzten notwendigen Schritte vollziehen.



Hierzu ist eine ebenso nationale wie länderspezifische Strategie notwendig, die sicherstellt, dass die behördlichen Systeme interoperabel sind. Außerdem bedarf es dringend einer zentral gesteuerten Koordination unter den Ländern, ohne dass für jeden Zweck neue Ansätze und Portale geschaffen werden müssen. Die Digitalisierung Deutschlands wird sich weiter unnötig verzögern, wenn die Einrichtungen des Staates sich nicht an diesem Wandel beteiligen. Besonders die Länder sollten hier aktiv ihre Vorbild- und Vorreiterfunktion annehmen und ausfüllen.

Um dem zunehmenden Bedarf sowie dem schnellen Wachstum der digitalen Wirtschaft gerecht zu werden, sollten beispielweise die Antrags- und Genehmigungsprozesse sowie Auflagen angepasst und effizienter gestaltet werden. Dies betrifft insbesondere die Verwaltungsprozesse für Neubauten, Änderungen und Modernisierungen. Das Land NRW kann hier auf der Suche nach praxisnahen Lösungen vorangehen und wesentlich dazu beitragen, dass Deutschland als Standort für die digitale Wirtschaft attraktiv bleibt.

Schnelles Internet so selbstverständlich wie fließend Wasser – Breitbandausbau und Förderung digitaler Infrastrukturen

Schnelles und überall verfügbares Internet ist zentraler Bestandteil einer modernen Gesellschaft und im demografischen Wandel wichtig für die Daseinsfürsorge. Nordrhein-Westfalen muss beim Ausbau zukunftsfähiger digitaler Infrastrukturen eine Vorreiterrolle einnehmen. Für viele Unternehmen und Universitäten, aber auch für Privathaushalte ist ein Anschluss an multi-gigabitfähige Netze und die direkte Anbindung an die Glasfaserinfrastruktur alternativlos.

Zu begrüßen ist auch die Einrichtung des GigabitGipfel.NRW, der die verschiedenen Bemühungen, den Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen voranzubringen, vereinfachen und fördern kann. Zu konkretisieren ist das Vorhaben, die Kommunen zu den führenden Akteuren beim Breitbandausbau zu machen. Dies widerspricht den vorherigen Aussagen der Strategie sowie dem übergeordneten Ziel, im Rahmen des GigabitGipfel.NRW zu einer übergreifenden Koordinierung der Ausbaubemühungen zu kommen.

Moderne, energieeffiziente Rechenzentren sind für den wachsenden Geschwindigkeits- und Verfügbarkeitsanspruch das zentrale Rückgrat einer zukunftsweisenden digitalen Infrastruktur und bilden den Kern des Ökosystems der digitalen Wirtschaft und digitaler Souveränität. Im weltweiten Vergleich droht Deutschland – trotz regionaler Zuwächse – jedoch den Anschluss an das digitale Wachstum zu verpassen. Für die Erhaltung einer bundesweiten als auch einer EU-weiten Wettbewerbsfähigkeit bedarf es deshalb stabiler und nachhaltiger Rahmenbedingungen seitens der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Deshalb ist es zu kurz gedacht, Rechenzentren in einer Digitalisierungsstrategie unberücksichtigt zu lassen. eco empfiehlt, die Rolle von Rechenzentren in der digitalen Infrastruktur stärker zu berücksichtigen



und diese als Treiber und Wegbereiter für alle Bereiche der digitalen Wertschöpfungskette anzuerkennen.

eco setzt sich mit seiner Initiative Digitale Infrastrukturen dafür ein, eine konsistente Strategie zur Stärkung des Rechenzentrumsstandorts Deutschland zu erarbeiten, die Aspekte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Innovation für die Anbieter und Anwender ebenso in den Fokus nimmt wie Aspekte der Datensicherheit und der digitalen Versorgung von Wirtschaft und Gesellschaft. Vor dem Hintergrund eines starken internationalen Wettbewerbs um die Ansiedlung von Rechenzentren ist es erforderlich, den Rechenzentrumsstandort Deutschland gezielt weiterzuentwickeln. Hier kann und sollte auch das Land Nordrhein-Westfalen aktiv werden und beispielsweise prüfen, wie eine starke Forschungslandschaft rund um das Thema Rechenzentrum in NRW aktiv gefördert werden kann. Hier gilt es, vor allem bestehende Stärken als auch Konzepte zur nachhaltigen Energieeffizienzsteigerung für bestehende und zukünftige Infrastrukturen deutlich auszubauen.

Sicherheit und Datenschutz – IT-Sicherheit in NRW

Im Bereich IT-Sicherheit in NRW hat eco eine Partnerschaft mit dem Unternehmensnetzwerk networker NRW geschlossen. Beide Seiten begrüßen die Berücksichtigung des Themas in der Digitalstrategie wie auch das dadurch zum Ausdruck kommende gesteigerte Sicherheitsbewusstsein des Ministeriums und der öffentlichen Verwaltung. Sinnvoll wäre nun, eindeutige Ansprechpartner für diesen Themenbereich zu benennen und eine auf NRW ausgerichtete IT-Sicherheitsstrategie in die Digitalstrategie aufzunehmen.

Zum Thema IT-Sicherheitsforschung werden in der Strategie zahlreiche Projekte aufgeführt, die bestätigen, dass NRW seit vielen Jahren führend in diesem Gebiet ist. Es fehlt allerdings eine Verbindung zur bzw. Betrachtung der Wirtschaft und besonders den Beitrag von kleinen und mittelständischen Unternehmen. So bleibt die von eco und networker NRW geplante Fortführung des Projekts nrw.uniTS unerwähnt, obwohl es in der Vergangenheit dazu positive Aussagen gab. Auch wurden durch dieses Projekt in den letzten sechs Jahren viele Unternehmen sowie kommunale Vertreter zum Thema IT-Sicherheit sensibilisiert.

eco und networker NRW sind daher der Überzeugung, dass diese Zusammenarbeit fortgeführt und nachhaltig unterstützt werden sollte. Die Struktur des Projekts nrw.uniTS ist ideal geeignet, um im Rahmen von Förderprojekten weitere Veranstaltungen mit Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsförderungen sowie Branchenverbänden durchzuführen. Eine regional ausgerichtete Struktur mit speziell ausgerichteten Projekten und Veranstaltungen ist der geeignete Weg, um alle betroffenen Akteure und Unternehmen zu erreichen und auch in der Fläche für das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren und darüber zu informieren. Sie sollte daher nicht leichtfertig aufgegeben werden.

Der in der Vergangenheit vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft koordinierte und vom Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie



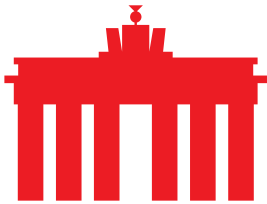
unterstützte Round Table zur IT-Sicherheit sollte unter Einbindung von IT-Sicherheitsexperten aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Verbänden und verantwortlichen Ansprechpartnern weiterer Ministerien ausgebaut werden. Er dient der Meinungsbildung und der Information sowie der Umsetzung von konkreten Projekten im Bereich der IT-Sicherheit. Der Round Table könnte auch genutzt werden, um die Sensibilisierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen für die Themen IT-Sicherheit und Datenschutz zu stärken und voranzutreiben.

Blockchain

Die Blockchain-Technologie wird für die nächste Evolutionsstufe des Internets als Querschnittstechnologie eine der treibenden Kräfte sein. Sie ermöglicht unter anderem dezentralisierte Strukturen, transparente und gleichzeitig manipulations-sichere Datenbanken, automatisierte Transaktionen und die digitale Verbriefung von Werten und Rechten. Diese Eigenschaften bilden die Basis für neue Geschäftsmodelle, die neben bereits vorhandenen Services und Dienstleistungen entstehen oder diese teilweise ablösen werden. Schließlich bietet die Blockchain-Technologie die Möglichkeit, Geschäfte mit anderen ohne Intermediäre abschließen zu können.

eco begleitet die Entwicklung der Blockchain-Technologie und arbeitet an der Identifizierung und Analyse wirtschaftlich anwendbarer Einsatzmöglichkeiten sowie der Evaluierung von Vor- und Nachteilen gegenüber herkömmlichen Technologien. Der Einsatz von Blockchain-Technologie berührt eine Vielzahl noch ungeklärter rechtlicher und regulatorischer Fragen. Für eine Analyse des Status Quo und die Formulierung von konkreten Handlungsempfehlungen für Wirtschaft, Verwaltung und dem Gesetzgeber, schlägt eco die Erstellung eines Weißbuchs für den rechtssicheren Einsatz der Blockchain-Technologie vor. Hier besteht die Möglichkeit, sowohl auf nationaler wie auch auf Landesebene durch gezielte Maßnahmen entscheidend Einfluss auf den Erfolg dieser Technologie nehmen und so die Anziehungskraft des Innovationsstandorts Deutschland zu erhöhen.

Für einen konkreten Test der Blockchain-Technologie könnte sich Nordrhein-Westfalen ein Beispiel am luxemburgischen Infrachain-Projekt nehmen. Hier arbeiten öffentliche Hand, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um eine Technologieagnostische Blockchain-as-a-Service-Plattform aufzubauen und zu betreiben. Diese Community formuliert Service-Level-Agreements und zertifiziert die teilnehmenden Nodes, um Rahmenbedingungen für die gemeinsame Zusammenarbeit zu schaffen. Ein ähnliches Testprojekt könnte Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit bieten, die Einsatzmöglichkeiten für die Blockchain-Technologie zu testen und mögliche Hindernisse und Verbesserungspotentiale frühzeitig zu identifizieren.



Über eco:

Mit über 1.000 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.